



Antrag Nr. 1

der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern] an die 157. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien.

Vermögensbesteuerung zur Tilgung der Staatsschuld

Seit 1970 sind die großen Vermögen um ca. 600% gewachsen, das BIP lediglich um ca. 260%. Das zeigt, dass die Vermögenden bisher am meisten gewonnen haben.

Nach Analysen von Valluga AG (Liechtenstein) und Boston Consulting Group gibt es in Österreich 300 Haushalte mit einem Finanzvermögen von mehr als 100 Mio. USD (ca. 70 Mio. EUR). In Summe beträgt deren Finanzvermögen 450 Mrd. EUR. Dazu kommen noch Grundstücke, Gebäude, Yachten, Privatflugzeuge, Luxusautos, Kunstgegenstände etc.

Nach Schätzungen der Österreichischen Nationalbank gibt es ca. 75.000 Millionäre und Milliardäre in Österreich. Deren Finanzvermögen hat nach ÖNB folgende Entwicklung:

2008 185 Mrd. EUR

2011 250 Mrd. EUR

2014 315 Mrd. EUR

Daran sieht man, dass die „Finanzkrise“ die Millionäre nicht wirklich getroffen hat. In diesen Jahren wächst ihr Finanzvermögen um 70 %, und das trotz der Krise. Auch bei dieser Schätzung bleibt das Sachvermögen unberücksichtigt. Es ist aber klar, dass das Sachvermögen noch mehr konzentriert ist, als das Finanzvermögen.

Diese Entschuldung durch die reichsten 100.000 Menschen, würde deren Existenz nicht gefährden. Durch die Zuwachsraten von ca. 10% pro Jahr wären sie schon nach 2 – 3 Jahren wieder reicher als vorher.

Die Eigentümer großer Vermögen wären also problemlos in der Lage, für die Tilgung der Staatsschuld aufzukommen.

Zu diesem Zweck soll per Gesetz eine einmalige Abgabe festgelegt werden, welche so hoch ist wie die Staatsschuld und von den reichsten 100.000 Menschen in Raten zu bezahlen ist. Die Generation der Profiteure entschuldet damit den Staat. Künftige Generationen sind dadurch entlastet. Der Staat wird unabhängig von den Finanzmärkten. Die Sparpakete kann man sich damit sparen!

Diese Idee der staatlichen Entschuldung durch die reichsten Bürger wurde schon vor 200 Jahren vom englischen Ökonomen David Ricardo entwickelt und im Parlament vertreten.

(Alle Zahlen aus der Studie der AK-Steiermark „Wer ist hier der Mittelstand? Vermögensteuern jetzt!“, erschienen im Jänner 2012)

Antrag:

Die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien fordert die Bundesregierung auf, ein Bundesgesetz für eine Staatsentschuldung durch die Reichsten 100.000 zu beschließen.